

**Stellungnahme des Sprechers
des Trägers Ökologische Freiwilligendienste
im Jugendpfarramt in der Nordkirche
zum Antrag Drucksache 19/885(neu)
„Rahmenbedingungen für Freiwillige verbessern“**

Mein Name ist Milan Brand und ich bin einer der Ausschusssprecher des FÖJ SH. Durch meine Tätigkeit als jener habe ich die Strukturen des FÖJ besser kennengelernt und gemerkt, wie wichtig das Sprechersystem des FÖJ ist. Es erleichtert uns die FÖJ-interne Vernetzung und Organisation von Veranstaltungen o.ä. und dient sowohl als Schnittstelle zwischen FÖJler*innen und Träger, sowie FÖJler*innen und Politik. Gerade deshalb sind wir FÖJler*innen sehr erfreut, dass uns als Betroffene ein offenes Ohr geschenkt wird und wir die Möglichkeit haben, eine Stellungnahme zur Verbesserung der Freiwilligendienste abzugeben. Wir FÖJ-Sprecher haben uns mit den von uns vertretenen FÖJ-Gruppen über die verschiedenen Themen ausgetauscht. Die folgenden Punkte habe ich, stellvertretend für alle FÖJler*innen des Trägers Koppelsberg, auf Basis dieser Gespräche verfasst.

Zu den einzelnen Punkten:

1)

Das FÖJ SH wird weitestgehend durch Landesmittel gefördert. Erst im Januar wurde beschlossen, dass die Erhöhung dieser Mittel auch dem Taschengeld zu Gute kommen wird. So wird dieses von derzeitigen 80,50 € auf 92 € für den Jahrgang 19/20 erhöht. Ein großer Schritt, über den wir uns für unsere Nachfolger sehr freuen.

2)

Für uns fallen viele Kosten für die Nutzung des ÖPNV an. Sei es, um zur Einsatzstelle zu fahren (hierauf wurde schon viele Jahre in Folge durch die Aktion „Freie Fahrt für Freiwillige hingewiesen), um Familie und Freunde zu besuchen oder gemeinsam als FÖJler*innen eine Aktion zu starten. Eine grundsätzliche Ermäßigung bzw. etwas Vergleichbares mit einem Semesterticket ist daher wünschenswert. Es würde die Vernetzung zwischen den Freiwilligen deutlich vereinfachen und dafür sorgen, dass sich die tägliche Fahrt zur Einsatzstelle und zurück in Grenzen halten würde. Wie im Bericht des MELUND erwähnt, bekommen wir die Kosten für die Anschaffung einer BahnCard 25 erstattet, wobei sich Einsatzstelle und Träger die Kosten teilen. Eine Aufstockung auf die BahnCard 50 würde insofern Sinn ergeben, als das die Fahrtkosten in die Heimat reduziert sein würden: Ungefähr die Hälfte uns kommt nicht aus Schleswig-Holstein und wohnt das erste Mal abseits von der Familie, weshalb der Besuch der Heimat ein wichtiges Ereignis während des Jahres ist. Durch reduzierte Fahrtkosten würde dieser Besuch häufiger ermöglicht werden.

Der Freiwilligenausweis, welchen wir bekommen, stellt uns mit Auszubildenden gleich, sodass wir in vielen Einrichtungen Ermäßigungen erhalten.

4)

Viele von uns haben vor dem FÖJ ihr Abitur gemacht und möchten nach diesem Jahr studieren. Wir nutzen das FÖJ um vorher Erfahrungen im Berufsleben, sowie im selbstständigen Arbeiten, Organisieren und dem praktischen Naturschutz zu sammeln. Bisher wird die Zeit von den Universitäten als Wartesemester gutgeschrieben, jedoch tun wir viel mehr, als nur auf den Studienplatz zu warten. Wir erlernen fachliche Kompetenzen für das spätere Berufsleben und für den Naturschutz und bilden somit eine Grundlage für eine nachhaltige Zukunft. Dieses Engagement sollte durch mehr als nur zwei Wartesemester anerkannt werden. So wäre zum Beispiel die Anerkennung des FÖJ als Prakti-

kum für die Studienbereiche Biologie, Umwelt- und Naturschutz ein respektabler Schritt in die richtige Richtung.

Doch auch die von uns, die nicht studieren möchten, sollten einen Vorteil durch ihr Engagement erhalten. So sollte das FÖJ, mitsamt den erlernten Fähigkeiten, bei Bewerbungen als Qualifikation anerkannt und nicht als „verschwendetes Jahr“ abgetan werden. Eine Erhöhung der Bekanntheit des FÖJ wäre dabei von großem Vorteil.

5)

Die Befreiung vom allgemeinen Rundfunkbeitrag ist ein Thema, welches (ebenso wie Vergünstigungen im ÖPNV) schon seit vielen Jahren ein großes Anliegen der Freiwilligendienste ist und welches regelmäßig von den Gremiensprechern gefordert wird. Von unseren 80,50 € Taschengeld müssen wir 17,50 € GEZ-Gebühren bezahlen. Somit haben wir de facto knapp ein Viertel weniger Taschengeld, was in den Augen von uns allen eine unverhältnismäßige Belastung darstellt. Daher fordern wir (schon seit vielen Jahren) die Möglichkeit, ebenso wie Schüler*innen, Student*innen und Geringverdienende (wir bekommen nicht einmal Gehalt), von den GEZ-Gebühren befreit zu werden.